Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 54,60 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 31,00 M. Einzelnummer 1,00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflegung 1 M.

Nr. 84 | Dresden, Sonnabend den 8. April 1922 | 33. Jahrg.

Kautsky gegen Crispin und Ledebour

In einem Artikel in der Freiheit beschäftigt sich Karl Kautsky mit einem Artikel, in dem Crispien sich gegen Kautskys offenen Brief gewandt hatte, und mit einem Schreiben Ledebours, in dem dieser an der Redaktion der Freiheit Kritik übt. Crispien hatte sich auf Ausführungen Kautskys gestützt, die dieser nach dem Görlitzer Parteitag gemacht hat. Kautsky weist demgegenüber darauf hin, daß er damals u. a. geschrieben habe, daß die Einigung trotz Görlitz nicht erschlagen sei, daß sie eine historische Notwendigkeit geworden sei und sich daher auch durchsetzen werde. Entschieden wendet er sich dann gegen Ledebour, der Hilferding zum Vorwurf gemacht hatte, daß er eine schleunige Einigung mit den Rechtssozialisten ins Auge fasse, während sich das Zentralkomitee zu der Einigung des Proletariats auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes bekannt habe. Kautsky fährt dann fort:

Ledebour zeigt nicht weiter, wie dieser Weg aussehen soll, aber eines ist klar: **Die schleunige Einigung ist es nicht. Das will Ledebour nicht** — das spricht er mit dürren Worten aus und gibt damit die beste Bestätigung dafür, daß meine Anklage nicht unberecht ist.

Wie dieser Weg in der Praxis aussehen würde, sagt uns Genosse Ledebour selbst an einer andern Stelle seines Sarcidons, wo er die Politik entwickelt, man müsse das **Ministerium Wirth stürzen und zu einer Reichstagsauflösung greifen,** die eine sozialistische Mehrheit im neuen Parlament ergeben müsse. Wenn aber diese Rechnung fehlgeht, wenn die Sozialisten in der Minderheit bleiben, wie das bei einer derartigen Politik äußerst wahrscheinlich ist, was dann? Alles auf die eine Karte eines höchst unwahrscheinlichen Sieges setzen, heißt **Ludendorffsche Hasardeurpolitik** treiben. Wir würden dadurch den Helfferich und Hergt in den Sattel helfen. Die würden uns Einigkeit einbläuen.

Aber ich denke, es wäre würdiger und nützlicher, wenn wir uns **vorher einigten, um die Reaktion nicht wieder obenauf kommen zu lassen.**

Nach dem Gesagten liegt klar zutage, wo die wirklichen Gegner der Einigung heute zu finden sind. Die Zentralleitung und ihre Freunde erklären freilich, **diese Gegner seien die Mehrheitssozialisten.** Diese machten jede Einigung unmöglich durch ihre Koalitionspolitik und durch ihre Steuerkompromisse. Aber die Sache liegt umgekehrt: der wahre Gegner der Einigung ist nicht derjenige, der sie ablehnt, solange die Gegenseite in der Frage der Koalitionspolitik und der Steuerpolitik andrer Meinung ist, als er selbst.

Wer die Einigung davon abhängig macht, daß in diesen Fragen völlige Uebereinstimmung herrscht, verlegt die **Einigung** auf den **St.-Nimmerleins-Tag.** Denn in solchen Fragen wird es immer Differenzen innerhalb des sozialistischen Proletariats geben.

Die Einigung ist nicht durch **völlige Uebereinstimmung in diesen Punkten zu erreichen,** sondern nur dadurch, daß man die **geeinigte Partei** in einer Weise **organisiert,** daß in ihr Platz ist für Gegner und Anhänger der Koalition, für Gegner und Anhänger des Steuerkompromisses und ähnlicher Erscheinungen. Welche der beiden Auffassungen dann wirklich befolgt wird, hängt davon ab, welche von ihnen die Mehrheit findet. Aber die Propagierung der einen wie der andern Auffassung innerhalb der Partei muß möglich sein.

Wer die Partei nicht auf so breiter Grundlage konstituiert sehen will, der ist der wirkliche Gegner der Einigung. Es gibt solche rechts wie links.

Daß die Zentralleitung der U. S. P. selbst nicht die Einigung des gesamten sozialdemokratischen Proletariats ins Auge faßt, hat sie durch den Aufruf bewiesen, in dem sie das Kommen der K. A. G. begrüßte. Sie richtet dort den Appell an alle ehrlich revolutionären Klassengenossen in der rechtssozialistischen Partei ... in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands einzutreten.

Das ist das Gegenteil der Einigung, das ist ein Aufruf zur Zerschlagung der rechtssozialistischen Partei. Dieser Aufruf war es, der mir die Feder zu meinem empörten Protest in die Hand drückte.

Am Schluß seiner Ausführungen sagt Kautsky:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Interesse des Proletariats die sofortige Einigung verlangt und daß zwischen S. P. D. und U. S. P. D. keine Differenzen mehr vorhanden sind, die groß genug wären, um eine Fortdauer der Spaltung zu rechtfertigen.

Von dieser Ueberzeugung aus stehe ich beiden Parteien gleich nahe, kann ich mit jeder von ihnen für die große, gemeinsame Sache wirken. Wohl gibt es Mitglieder der S. P. D., deren Anschauungen in schroffstem Gegensatze zu den meinen stehen — und gegen solche Mitglieder, nicht gegen die ganze S. P. D., richtet sich der größte Teil meiner eingangs erörterten Ausführungen über Görlitz. Auf der andern Seite gibt es nicht wenige Mitglieder der S. P. D., die mir sachlich weit näher stehen als etwa die Zentralleitung der U. S. P. Eine scharfe Trennungslinie zwischen den beiden Parteien zu ziehen, ist mir daher nicht mehr möglich. Und es scheint mir, daß eine allgemeine Gewöhnung an diese Praxis der einzige Weg sein wird, die Einigung herbeizuführen. Wenn der Partikularismus der Führer sich als ein Hindernis dessen erweist, was dringend notwendig ist für die Gesamtheit, dann bleibt nichts übrig, als der Einigung der Organisationen vorauszueilen durch die praktische Einigung auf dem Wege gemeinsamer Zusammenarbeit der Genossen beider sozialdemokratischen Parteien zu gemeinsamen Zwecken.

Ich erwarte, daß die Einigung zu den vielen welthistorischen Fortschritten gehört, die sich vollziehen über die Köpfe der offiziellen Führer hinweg.

Auch wir sind durchaus der Ansicht, daß die Einigung der sozialistischen Parteien eine unbedingte geschichtliche Notwendigkeit ist und über kurz oder lang auch kommen wird. Vorerst gilt es aber, überall wo das irgend möglich wäre, die sozialistischen Parteien zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. Dabei kann freilich unsre Partei nicht die sinnlose Agitations- und Demonstrationspolitik mitmachen, die häufig die Vertreter der U. S. P. noch zu betreiben versuchen. Unser Bestreben wird es vielmehr sein, gemeinsam mit der U. S. P. praktische Arbeit für das deutsche Proletariat zu leisten.

Das Zeugnis der Geschlagenen

Auf die Erklärung, die der Innenminister Lipinski am Donnerstag im Landtag zu den Vorgängen vom Sonntag abgegeben hat, sind wir gestern schon eingegangen. Wir sprachen dabei die Vermutung aus, daß sich diese Erklärung auf Berichte stütze, die dem Minister von der Polizei zugegangen seien und von denen man im voraus annehmen mußte, daß sie die Vorgänge vom Sonntag in einem für die Polizei günstigen Sinne darzustellen versuchen. Heute wissen wir bestimmt, daß sich die Erklärung des Ministers tatsächlich nur auf solche Berichte stützte. Nicht ein einziger der Beteiligten von der Gegenseite ist zu der Sache gehört worden, und wir müssen der Unabhängigen Volkszeitung zustimmen, wenn sie gestern schreibt, daß es unbegreiflich bleibt, daß dieser Bericht genügen konnte, öffentlich eine Erklärung abzugeben, und daß, wenn es dabei bleiben sollte, in dieser Sache noch ein ernstes Wort gesprochen werden müsse. Wir können uns auf keinen Fall mit Erklärungen zufrieden geben, die sich nur auf ganz einseitige Darstellungen berufen können. Allerdings sollen die Polizeibeamten und Schutzleute ihre Aussagen, auf Grund deren der Bericht erstattet wurde, auf ihren Diensteid genommen haben. Wir müssen es diesen Beamten überlassen, wie sie das mit den tatsächlichen Vorkommnissen in Einklang bringen wollen, denn es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß am Sonntag Jugendliche von Polizeibeamten geschlagen worden sind. Wir erhärten diese Behauptungen durch Aufzählung einiger Fälle, für die wir dem Minister Lipinski die Zeugen namhaft machen können, wenn er danach nun doch noch das Verlangen haben sollte, auch die Gegenseite zu hören.

Auf dem Altmarkt wurde ein Jugendlicher von einem Schutzmann mit dem Schlagring geschlagen.

Auf dem Postplatz schlug ein Schutzmann auf einen Jugendlichen mit dem Gummiknüppel ein.

Ein dritter Jugendlicher wurde von einem Schutzmann mit einem harten Gegenstand, vermutlich mit einem Schlagring, so geschlagen, daß ihm der Arm für den Augenblick gelähmt war.

Ein vierter Zeuge hat genau beobachtet, daß ein Jugendlicher auf der Schloßstraße von einem Schutzmann brutal gefaßt und ohrfeigt wurde. Er hat weiter genau gesehen, daß ein Trupp Schutzleute Gummiknüppel schlagbereit in den Händen hatte und daß sie mit diesen Gummiknüppeln auch zugeschlagen haben.

Ein fünfter Zeuge hat aus nächster Nähe gesehen, daß ein Jugendlicher von zwei Schutzleuten mit Gummiknüppeln geschlagen wurde, bis er am Boden lag.

Sollten dem Minister diese durch Zeugen erhärteten Tatsachen noch nicht genügen, so wird es keiner sehr großen Mühe bedürfen, noch weitere Zeugen ausfindig zu machen. Wir fordern schon heute alle auf, die entweder selbst geschlagen wurden oder die gesehen haben, daß Jugendliche von Schutzleuten geschlagen worden sind, oder die sonstige Beobachtungen über das grundlose und rücksichtslose Vorgehen der Schutzleute gemacht haben, sich entweder im Jugendsekretariat, Wettinerplatz 10, 1., oder in der Redaktion der Dresdner Volkszeitung einzufinden und einer dieser beiden Stellen ihre Beobachtungen mitzuteilen.

Ein Vorgang, der auf die Maßnahmen des Polizeipräsidiums am Sonntag noch ein besonderes Licht wirft, verdient erwähnt zu werden. Während im Bereich des Bannkreises die Schutzleute sich geradezu drängten, um gegebenenfalls fünfzehnjährigen Burschen und Mädchen mit Gummiknüppeln und Schlagringen entgegenzutreten, war in andern Stadtteilen, da wo er gebraucht worden wäre, kein Schutzmann aufzufinden. Etwa um dieselbe Zeit, an der die Jugendversammlung im Volkswohlsaal stattfand, sprach bekanntlich im Künstlerhaus der Hamburger Senator Petersen, der Führer der Deutschdemokratischen Partei, über die Politik der Vernunft. Ein Stoßtrupp von Hakenkreuzlern versuchte, die Versammlung durch Radau zu stören und lärmte nach Schluß der Versammlung auch noch auf der Straße herum. Als der Versuch gemacht wurde, die Namen dieser radauistigen Herren durch einen Schutzmann feststellen zu lassen, war weit und breit kein Schutzmann zu finden. **Das nimmt allerdings nicht wunder, nachdem man weiß, daß die Schutzmannschaft im Stadtinnern wichtigere Aufgaben zu erledigen hatte, nämlich die, harmlose Jugendliche zu verprügeln.**

Angelsächsische Politik

Die jüngsten Reden Poincarés und Lloyd Georges sowie vor allem die Weigerung der Amerikaner, sich an der Genua-Konferenz zu beteiligen, ließen die Hoffnungen und Erwartungen, die an die erste allgemeine Konferenz der Sieger, Besiegten und Neutralen des Weltkrieges geknüpft wurden, so weit sinken, daß man sogar die Frage erörterte, ob es für Deutschland überhaupt noch einen Zweck habe, nach Genua zu gehen.

Von Poincaré hat man schließlich nichts andres erwartet, aber die Rede Lloyd Georges, in der er den Franzosen bestätigte, daß an den „Friedens"-Verträgen nicht gerüttelt werden dürfte, hat allgemein enttäuscht.

Nachdem man in Cannes bereits beschlossen hatte, daß über Reparationen und Abrüstungen in Genua nicht gesprochen werden sollte, und in Boulogne diese einschränkenden Bestimmungen noch einmal festgelegt wurden, wäre die französische Furcht vor Genua nicht zu verstehen, wenn nicht auch die Franzosen mehr und mehr erkennen, daß eine Lösung der europäischen und Weltkrise unmöglich ist, ohne die Fragen der deutschen „Wiedergutmachungen" und der Rüstungsbeschränkungen zu erörtern. Und da alle Länder, mit Ausnahme Frankreichs, durch die bittere Not gezwungen sind, ernstlich an der Gesundung Europas zu arbeiten, so fürchtet Frankreich in Genua, einer Einheitsfront sämtlicher Länder gegenüberzustehen.

Daher der Wunsch Poincarés, sich die Boulogner Abmachungen von Lloyd George vor Beginn der Konferenz noch einmal bestätigen zu lassen. Daher die merkwürdige Tatsache, daß die französischen Delegierten für Genua keine unbeschränkten Vollmachten haben, sondern vor jeder Entscheidung, die sie treffen, bei der Regierung anfragen sollen.

Noch verständlicher wird die Haltung der Franzosen, wenn wir nicht die Reden, die in London und Washington gehalten wurden, sondern die Taten der beiden angelsächsischen Regierungen berücksichtigen, die eine auffällige Uebereinstimmung in der Politik und einen scharfen Gegensatz zu Frankreich verraten. Gerade in der englischen Politik ist das gesprochene Wort oft nichts andres als der Zucker, mit dem die Pille versüßt wird, die man dem andern eingibt. So ist auch dieses Mal nicht die Rede Lloyd Georges das Entscheidende, sondern die gleichzeitige Forderung, Frankreich solle seine Schulden an England bezahlen. Eine Forderung, die wohl nicht ganz „zufällig" am Vorabend der Genua-Konferenz gestellt wurde. Die Franzosen hatten als selbstverständlich angenommen, daß der dreijährige Zahlungsaufschub, der ihnen 1919 bewilligt wurde, stillschweigend auf Grund ihrer „schlechten Finanzverhältnisse" verlängert werden würde. Sie sind sich anscheinend der Unlogik ihrer Forderung gar nicht bewußt, daß England auf sein Geld verzichten soll, durch das die Franzosen doch erst eigentlich in den Stand gesetzt werden, eine starke Flotte gegen — England zu bauen.

Die amerikanische Politik ist gradliniger. Ihrer Forderung, bei der Erstattung der Besatzungskosten berücksichtigt zu werden, haben sie in einer zweiten Note noch eine schärfere Spitze gegen Frankreich gegeben:

Die amerikanische Forderung könne nicht dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, daß im französischen Konto der Besatzungskosten ein Defizit bestehe.

Ebenso scharf wandte sich der Senator Lodge gegen Frankreich bei der Beratung des Fünfmächtevertrages über die Herabsetzung der Seerüstungen:

Die Vereinigten Staaten würden ihr Heer nicht weiter herabsetzen, solange die Haltung Frankreichs nicht erkennen lasse, daß in dieser Richtung weiteres getan werden könne.

Und in Uebereinstimmung mit ihrer Haltung in der Reparationskommission haben sie sich auch für Genua ihr Einspruchsrecht vorbehalten, wie aus folgender Meldung aus Washington hervorgeht:

Hier wurde amtlich bekanntgegeben, daß, wenn es den Alliierten gelingen sollte, auf der Konferenz von Genua ein Abkommen über die Fundierung der auswärtigen Schulden Rußlands zu treffen, die amerikanische Regierung entschlossen ist, eine Beteiligung unter Wahrung ihrer vollen Gleichberechtigung mit den andern Ententemächten zu fordern. Nach hiesiger amtlicher Auffassung kann in Genua, obwohl Amerika dort nicht offiziell vertreten sein wird, kein Abkommen zugunsten der Gläubiger Rußlands getroffen werden, das den amerikanischen Interessen nicht entspricht.

Obwohl die amerikanische Regierung keineswegs optimistisch über die Aussichten denkt, sofortige Zahlungen auf die russischen Schulden in Amerika zu erhalten, hält sie es für erforderlich — nach Analogie ihrer Politik bezüglich der Besatzungskosten —, auch auf diesem Gebiete ihre Forderungen aufrechtzuerhalten, damit die Ententemächte sich davon Rechenschaft ablegen, daß sie nicht in der Lage sind, irgend etwas zu ihren eigenen Gunsten zu beschließen

ohne die Zustimmung Amerikas.

Der Beobachter Amerikas auf der Genuaer Konferenz, der Botschafter in Rom, Child, wird sein wirksames Aufsichtsrecht vor allem auf die 399 Millionen Dollar stützen, die Rußland Amerika schuldet.

Man sieht also, daß die Weigerung der Vereinigten Staaten, an der Genua-Konferenz teilzunehmen, keineswegs bedeutet, daß die Amerikaner darauf verzichten, ihren Einfluß mit in die Wagschale zu werfen. Gewitzigt durch die Erfahrungen, die sie mit Wilson in Versailles gemacht haben, ziehen sie es vor, nicht direkt, sondern nur indirekt an den Verhandlungen teilzunehmen, um an die in Genua gefaßten Beschlüsse nicht gebunden zu sein. Ihr Verhalten bedeutet keine Schwächung, vielmehr eher eine Stärkung der amerikanischen Stellung.

Wie weit das englisch-amerikanische Zusammenhalten bereits gediehen ist, zeigt eine Neuyorker Meldung, nach der England beabsichtigt, am Vorabend der Genua-Konferenz eine Wirtschaftsentente mit Amerika abzuschließen:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220408/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG